

Amtsschimmel vom Aussterben bedroht

GEMEINDEN Mehr Bürgernähe und Effizienz durch Vereinfachung der Prozeduren

Marco Goetz

Wo die Menschen wohnen, nämlich in den Gemeinden des Landes, dort sollen Entscheidungen schneller, effizienter und näher am Bürger getroffen werden. Weniger Staat und mehr Selbstständigkeit für die Kommunen sind deshalb Schlüsselemente eines Gesetzesvorhabens, das gestern vom Innenministerium vorgestellt wurde.

Es nervt! Und es nervt vor allem die Bürger, wenn es heute auf kommunaler Ebene mal wieder etwas länger dauert mit einer Entscheidung. Mit einer Genehmigung zum Beispiel. Das liegt aber nicht unbedingt immer an der Ge-

meindeverwaltung. Oft liegt es auch daran, dass das Innenministerium hier als oberste Autorität des Staates ein Wörtchen mitzureden hat und seine Zustimmung geben muss. Da entsteht beim Bürger schnell mal der Eindruck, dass alles nur schleppend vorankommt. Nervig eben.

Weniger Genehmigungen nötig

Nun wird alles gut. Zumindest besser. Stichwort: Gemeindeautonomie. Das ist der Spielraum, den die Kommunen haben, um selbstständig, schnell und nahe am Bürger effiziente Entscheidungen treffen zu können. Diese Autonomie soll nun gestärkt und erwei-

tert werden. Beschlüsse können somit schneller gefasst und dem Bürger direkter vermittelt werden. Im Gegenzug wird die Aufsichtsrolle des Staates mehr oder weniger eingeschränkt, je nach Reichweite der Entscheidung. Rund die Hälfte aller heute nötigen Genehmigungen des Staates soll wegfallen, sagt Innenministerin Taina Bofferding (LSAP). Schwerfällige Prozeduren sollen vereinfacht werden.

Künftig soll auch die Digitalisierung verstärkt zu einer Beschleunigung und einem schlankeren sowie effizienteren Staat beitragen. So brauchen Gemeinden Bauvorhaben erst ab einer Million Euro absegnen zu lassen (bisher 500.000). Andere Tarife werden auch angepasst. Bebauungspläne (PAG und PAP)

oder größere finanzielle Pläne wie der jährliche Haushalt unterliegen weiterhin der staatlichen Kontroll- und Genehmigungspflicht.

Mehr Freiheit durch mehr Autonomie bedeutet natürlich auch mehr Eigenverantwortung für die Gemeinde. Allerdings wird das Innenministerium sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen. Das Prinzip der Aufsicht des Innenministeriums über die Kommunen wird nämlich nicht infrage gestellt, sondern angepasst, so Bofferding.

Zum einen bleibt das Ministerium Wächter und Garant dafür, dass Gesetze und die allgemeinen Interessen des Landes gewahrt bleiben. Zum anderen will es die Kräfte, die bislang für Kontrolle nötig sind, in Zukunft für die Beratung aufwenden. Das bedeutet auch, dass Gemeinden, die über weniger Personal verfügen, auf die partnerschaftliche Unterstützung des Ministeriums zurückgreifen können.

„Matenee fir eng modern Gemeng“ nennt sich das. Was miteinander bedeuten kann, zeigt sich auch beim nun vorliegenden Gesetzesvorhaben. Es entstand nämlich in enger Zusammenarbeit des Ministeriums mit verschiedenen kommunalen Akteuren, besonders mit dem Gemeindesyndikat Syvicol. **Dessen Präsident Emile Eicher (CSV) lobt die Herangehensweise und ist dann auch sehr zufrieden mit dem Resultat. An einigen Schräubchen gelte es wohl noch zu drehen, insgesamt gehe es jedoch in die richtige Richtung, so Eicher.**

Aber noch muss man sich gedulden. Vor der Abstimmung im Parlament muss das Gesetzesvorhaben nämlich jetzt zuerst mal

über den Instanzenweg. Das heißt, es wird in den kommenden Monaten von diversen Stellen begutachtet und kommentiert. Erst dann dürfen die Abgeordneten abstimmen.

Warten auf den Staatsrat

Entscheidend bei der jetzigen Etappe ist unter anderem der Staatsrat. Ob die hohe Körperschaft ein Haar in der gemeinschaftlich gekochten Suppe finden könnte, wissen die „Eltern“ des Gesetzesvorhabens nicht, möglich aber wäre es. Innenministerin Taina Bofferding und Emile Eicher hoffen aber, dass alles schnell geht. Denn die Bürger, aber auch Gemeindeverwaltung und Ministerium sollen schnell in den Genuss der Vereinfachungen kommen. Vielleicht noch dieses Jahr.

Währenddessen wird weiter mit allen Beteiligten, also auch dem Syvicol, an der allgemeinen Reform des Gemeindegesetzes gearbeitet. Dazu gehören auch die Verhaltensregeln, an die sich die Gemeinderäte zu halten haben.

Mit der Reform der Gemeindeaufsicht ist jetzt aber zumindest mal ein wichtiger erster Schritt gemacht worden, um die Beziehungen zwischen Staat und Gemeinden an die Entwicklungen der Gesellschaft und an die Bedürfnisse der Kommunen anzupassen. Wichtig ist das vor allem auch im Hinblick einer stetig wachsenden Bevölkerung in den 102 Gemeinden des Landes. Dort wollen sie Bürgernähe statt Bürokratie. Und lieber Hühner und Kühe statt Amtsschimmel. Die haben in der Perspektive eines modernen Staates definitiv nichts mehr zu suchen.



Foto: Editpress/Alain Rischard

Zwei, die gut miteinander können und moderne Gemeinden wollen: Innenministerin Taina Bofferding und **Syvicol-Präsident Emile Eicher**